



110 – und keiner ist da!

GdP startet Anfang Februar landesweite Aktionstage

Ändert sich bei den Neueinstellungen nichts, gehen NRW in den nächsten Jahren 1800 Polizistinnen und Polizisten verloren – mit dramatischen Folgen für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Denn schon jetzt wissen viele Polizeibehörden nicht mehr, wie sie die rasant gestiegene Kriminalität bekämpfen können. Die Landesregierung will trotzdem allein in diesem Jahr mehr als 40 Millionen Euro bei der Polizei streichen. Mit den Aktionstagen vom 4. bis 6. Februar stellt die GdP deshalb Politikern und Bürgern die Frage: Was ist uns die Sicherheit der Menschen wert? Und wie viele Polizisten brauchen wir, um die wachsende Kriminalität bekämpfen zu können?

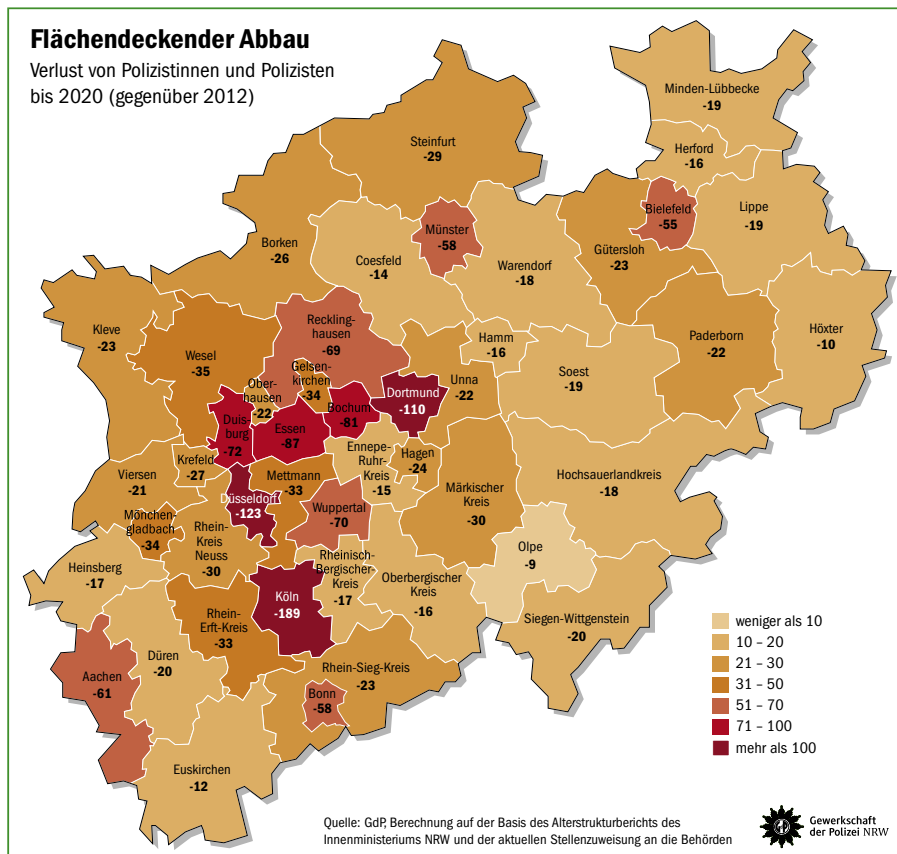
Für die GdP ist dabei klar, dass auch die Polizei sich nicht verweigern kann, wenn NRW die Schuldenbremse einhalten will. Aber das Sparen darf nicht auf Kosten der Sicherheit der Menschen geschehen. Deshalb fordert die GdP von der Politik, dass zumindest ein Teil der geplanten Kürzungen bei den Sachkosten dazu genutzt wird, zumindest so viele Nachwuchspolizisten einzustellen, wie ältere Polizisten durch das Erreichen der Altersgrenze ausscheiden. Denn sonst müssten sechs Wochen geschlossen und Dienstschichten ausgedünnt werden. Die Menschen in NRW müssten dann selbst in Notfällen stundenlang auf die Polizei warten.

Als ersten Schritt fordert die GdP, dass im September dieses Jahres 1500 statt 1400 Nachwuchspolizisten eingestellt werden. Sonst ist das Versprechen der Politik, dass im September 2016, nach Ende der dreijährigen Ausbildungsphase,

1400 neue Polizisten zur Verfügung stehen, die ihre dann ausscheidenden älteren Kolleginnen und Kollegen ersetzen, nicht

oder weil er während der Ausbildung erkennt, dass der Polizeiberuf nicht die richtige Berufswahl für ihn war.

Der finanzielle Spielraum dazu ist vorhanden: 59 Millionen Euro will die Landesregierung laut Haushaltsentwurf in diesem Jahr bei den Sachkosten sparen. Der Großteil davon entfällt auf geringere Ausgaben beim Digitalfunk und den Wegfall der Leasingkosten für die Polizeifahrzeuge. Dem stehen Mehrausgaben im Personalbereich von 18 Millionen Euro gegenüber, vor allem in Folge der Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn. Würde das Land die beiden Kernforderungen der GdP zum Haushalt 2013 umsetzen, die Erhöhung der Einstellungszahlen auf 1500



Ohne zusätzliche Einstellung gehen in NRW der Polizei in den kommenden Jahren 1800 Polizistinnen und Polizisten verloren. Die meisten Behörden verlieren eine zweistellige Zahl von erfahrenen Polizeibeamten. In einigen Behörden ist der Stellenverlust sogar dreistellig.

zu erfüllen. Denn auch bei der Polizei schließt nicht jeder seine Berufsausbildung am Ende erfolgreich ab, entweder, weil er die notwendige Leistung nicht erbringt,

(fünf Millionen) und die Wiederherstellung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizei-

→ Seite 2

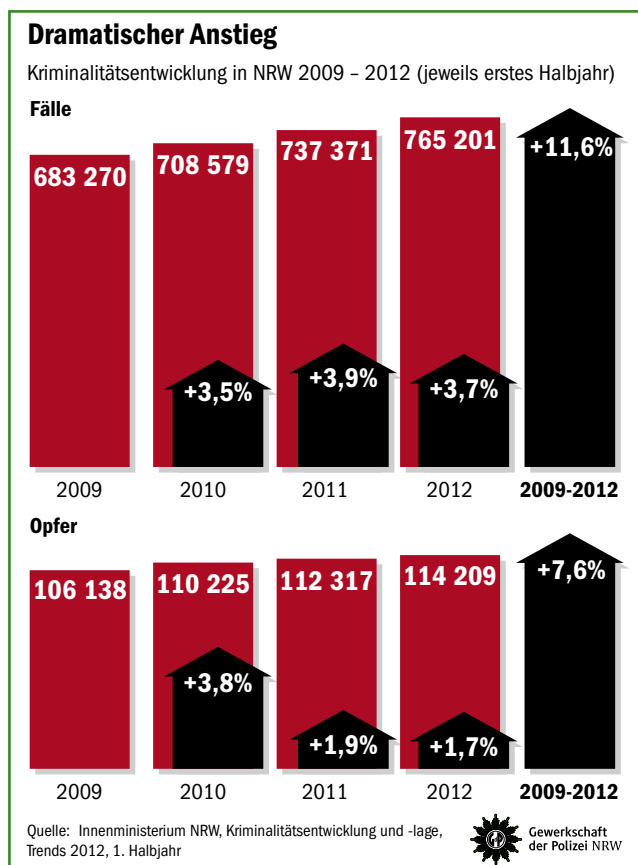


Fortsetzung von Seite 1

zulage (drei Millionen Euro) und blieben noch immer 33 Millionen Euro Minderausgaben übrig.

Dass die Erhöhung der Einstellungszahlen bei der Polizei dringend geboten ist, zeigt auch ein Blick auf die Kriminalstatistik. Allein im ersten Halbjahr vergangenen Jahres – die Gesamtzahlen für 2012 werden erst Mitte März veröffentlicht – stieg die Kriminalität um 3,5 Prozent. Gegenüber 2009 lag der Anstieg sogar bei 11,6 Prozent. Bezogen auf einzelne Straftaten waren die Zuwachsraten sogar noch höher. Bei Raub lagen sie im vergangenen Jahr bei 6,0 Prozent, bei Betrug bei 17,4 Prozent, bei den für das Sicherheitsempfinden der Menschen besonders wichtigen Wohnungseinbrüchen waren es 11,9 Prozent. Inzwischen wird in NRW alle sechs Minuten ein Einbruch versucht, alle neun Minuten mit Erfolg.

Wie wenig die Polizei aufgrund der sprunghaft gestiegenen Zahl der Straftaten gegen die Täter ausrichten kann, zeigt sich auch im dramatischen Rückgang der Aufklärungsquote, vor allem bei der Alltagskriminalität. Lag die Aufklärungsquote beim einfachen Diebstahl 2009 noch bei 40,8 Prozent, ist sie 2012 in NRW auf 34 Prozent gesunken. Zwei von drei Tätern gehen straflos aus. Noch erschreckender ist die Aufklärungsquote bei Wohnungseinbrüchen. Sie liegt aktuell gerade noch bei 13,8 Prozent. Einbrüche sind zu einem risikolosen Verbrechen geworden – für die Täter, nicht für die Opfer.



Im ersten Halbjahr 2012 ist die Kriminalität in NRW gegenüber 2011 um 3,7 Prozent gestiegen. Gegenüber 2009 stieg sie sogar um 11,6 Prozent.

Es geht um die Sicherheit der Bürger

40 Millionen Euro will die rot/grüne Landesregierung in diesem Jahr bei der Polizei sparen. Ein Klacks, könnte man meinen, bei einem Etat von immerhin 2,6 Milliarden Euro. Doch wer genau hinschaut, weiß, dass es mit den 40 Millionen Euro ans Eingemachte geht. Denn 80 Prozent des Polizeietats entfallen auf die Personalkosten, und Personal ist bei der Polizei auf Kante genäht. Trotzdem will das Land in den kommenden



Jahren noch mehr Stellen bei der Polizei streichen.

Dabei schaffen wir es schon jetzt nicht mehr, durch konsequente Verkehrssicherheitsarbeit einen nachhaltigen Beitrag zur Verringerung der Unfallzahlen zu leisten. Statt Kontinuität setzen wir auf Blitzermarathons. Das bringt zwar kurzfristig Schlagzeilen, hilft aber langfristig nicht. Bei der Bekämpfung der Alltagskriminalität sieht es nicht besser aus. Viele Straftaten werden von der Polizei nur noch verwaltet, statt die Täter dingfest zu machen. Das frustriert nicht nur die Bevölkerung, die immer weniger Schutz von ihrer Polizei erfährt, sondern es belastet auch unsere Kolleginnen und Kollegen in den Ermittlungsdiensten. Denn wir sind Polizisten, weil wir etwas zum Schutz der Bevölkerung tun wollen.

Die rot/grüne Landesregierung hat das trotzdem nicht davon abgehalten, bei der geplanten Etat Kürzung bei der Polizei besonders kräftig hinzulangen: 41 der knapp 50 Millionen Euro, die das Land in diesem Jahr beim Ministerium für Inneres und Kommunales sparen will, gehen zu Lasten der Polizei. Deren Etat sinkt um 1,5 Prozent. Alle anderen kommen mit 0,4 Prozent vergleichsweise milde davon. Eine Politik, die die Sicherheitsbedürfnisse der Menschen ernst nimmt, sieht anders aus.

Deshalb fordern wir eine ehrliche Diskussion über die Frage, wie viel Geld das Land braucht, um die Aufgaben zu erledigen, auf die die Menschen in NRW einen Anspruch haben. Deshalb brauchen wir eine ehrliche Diskussion über die Frage, wie viel Sicherheit wir in Zukunft den Bürgerinnen und Bürgern in NRW noch gewährleisten wollen. Und eine Diskussion über die Frage, wie viele Polizistinnen und Polizisten dazu erforderlich sind?

Eine Haushaltssanierung auf Kosten der Sicherheit der Bürger ist der falsche Weg. Das ist die Botschaft, die von den Aktionstagen der GdP vom 4. bis 6. Februar ausgeht. Wir suchen dabei den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern, und mit der Politik. Denn die Vision „110 – und keiner ist da“ ist keine zukunftsfähige Vision.

Arnold Plickert, Landesvorsitzender



Tarifrunde 2013: Ohne Demonstrationen geht es nicht

Am 31. Januar beginnen in Potsdam die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder (TV-L). Sie gelten – mit Ausnahme von Hessen – für alle Bundesländer, also auch für NRW. Für den 14./15. Februar und den 7./8. März haben die Gewerkschaften mit den Arbeitgebern zwei weitere Verhandlungsrunden vereinbart. Damit der Abschluss möglichst nah an der Forderung der Gewerkschaften nach einer Tarifierhöhung von 6,5 Prozent liegt, wird es wahrscheinlich im Vorfeld der dritten Verhandlungsrunde auch in NRW zu Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen kommen. Die GdP wird zu den Demonstrationen auch die Beamtinnen und Beamten aufrufen, um so den Druck auf die Landesregierung zu erhöhen. Denn NRW sitzt als größtes Bundesland bei den Tarifverhandlungen politisch mit am Tisch, auch wenn der Verhandlungsführer der Länder, Finanzminister Jens Bullerjahn (SPD), aus Sachsen-Anhalt kommt.

Neben den beiden Kernforderungen der Gewerkschaften nach einer linearen Erhöhung der Einkommen um 6,5 Prozent und der Übernahme aller Auszubildenden in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis geht es in der Tarifaueinandersetzung auch um den Schutz des bestehenden Urlaubsanspruchs. Die bislang gültige Urlaubsregelung war im vergangenen Jahr von den Ländern gekündigt worden, nachdem das Bundesarbeitsgericht den am Lebensalter orientierten Urlaubsanspruch als altersdiskriminierend verworfen hatte. Infolge des Urteils hatten sich bereits Anfang vergangenen Jahres Gewerkschaften und Arbeit-

geber für den Bereich der Kommunen und des Bundes (TVöD) auf einen generellen Anspruch auf 29 Urlaubstage für alle unter 55-Jährigen und von 30 Tagen für alle Lebensälteren verständigt. Diese Regelung wollen die Bundesländer allerdings nicht in den TV-L übernehmen.

Für die Gewerkschaften hat der bereits im vergangenen Jahr erzielte Tarifabschluss für die Beschäftigten bei Bund und Ländern aber auch aus einem zweiten Grund Vorbildcharakter: Ende März vergangenen Jahres hatten sich Gewerkschaften mit dem Bund und den Kommunen auf eine Tarifierhöhung von 6,3 geeinigt. 3,5 Prozent gab es sofort, die übrigen 2,8 verteilt ab dem 1. Januar bzw. ab dem 1. August 2013 (jeweils 1,4 Prozent). Im Gegensatz zum Abschluss für den Bund und die Kommunen wollen die Gewerkschaften diesmal allerdings nur über eine zwölf-monatige Laufzeit verhandeln. Dadurch sollen die bislang zeitversetzt laufenden Tarifverhandlungen für den Bund und die Kommunen auf der einen und die Länder auf der anderen Seite wieder miteinander verknüpft werden.

Über den aktuellen Stand der Tarifverhandlungen wird die GdP fortlaufend auf Ihrer Homepage berichten: www.gdp-nrw.de

Auf die Beamten kommt es an

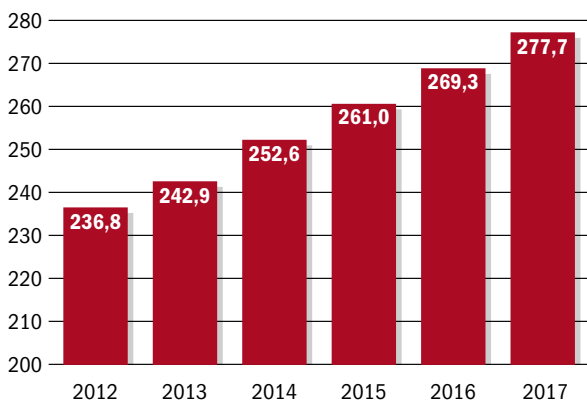
Formal gilt der Tarifvertrag für die Beschäftigten der Länder (TV-L) nur für die Tarifbeschäftigten. Über die Bezüge der Beamten entscheidet der jeweilige Landtag. Aber das ist nur die Theorie, denn in der Lebenspraxis wissen beide Seiten, dass bei den Tarifverhandlungen die Beamtinnen und Beamten immer mit am Tisch sitzen.

Deshalb fordern die Gewerkschaften auch in dieser Tarifrunde, dass der Tarifabschluss eins zu eins auf die Beamtinnen und Beamten übertragen wird. Deshalb haben die Bundesländer bereits im Vorfeld der diesjährigen Tarifrunde öffentlich darüber gejamert, dass die Tarifforderung der Gewerkschaften mit einem Volumen von sechs Milliarden Euro viel zu hoch seien.

Für die GdP kommt ein weiterer Aspekt hinzu: Bei der Polizei arbeiten kaum Tarifbeschäftigte, sondern vor allem Polizei- und Verwaltungsbeamte. Deshalb sind die Möglichkeiten der GdP, über Arbeitsniederlegungen der Tarifbeschäftigten Druck auf die rot/grüne Landesregierung auszuüben, begrenzt. Was aber wirkt, ist eine Demonstration von Tausenden von Polizeibeamten in Uniform. Deshalb wird der GdP-Landesbezirk in den kommenden Wochen auch die Polizistinnen und Polizisten und die Verwaltungsbeamten bei der Polizei zu Demonstrationen aufrufen, wenn das wegen eines unzureichenden Tarifangebots der Arbeitgeberseite notwendig wird. Denn öffentlicher Druck ist eine Sprache, den auch die rot/grüne Landesregierung versteht, die bei den Tarifverhandlungen in Potsdam mit am Tisch sitzt.

Nicht so arm, wie behauptet

Steuereinnahmen der Länder 2012 – 2017 (in Milliarden Euro)



Quelle: Bundesfinanzministerium, Prognose des Arbeitskreises Steuerschätzung



Wegen der 2009 beschlossenen Schuldenbremse müssen alle Bundesländer in den kommenden Jahren ihre Ausgaben reduzieren. Trotzdem sind die Länder nicht so arm, wie sie gerne behaupten: Auch ohne zusätzliche Steuererhöhungen steigen die Einnahmen der Länder in den kommenden Jahren von 237 Milliarden Euro (2012) auf 278 Milliarden Euro (2017). Das ist ein Plus von 40 Milliarden Euro. Das Geld, um eine faire Einkommenserhöhung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu finanzieren, ist also da.



Arnold Plickert zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt

Knapp zwei Monate nach seiner Wahl an die Spitze des Landesbezirks NRW hat der Gewerkschaftsbeirat der GdP Arnold Plickert (55) am 10. Januar zu einem der vier stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt. Er erhielt 78 von 79 abgegebenen Stimmen. Auch in der Funktion als stellvertretender Bundesvorsitzender folgt Arnold Plickert dem bisherigen GdP-Landesvorsitzenden Frank Richter (52), der Anfang November sein neues Amt als Polizeipräsident in Hagen angetreten hat.

Durch die Doppelfunktion von Arnold Plickert als Landesvorsitzender in NRW und als stellvertretender Bundesvorsitzender der GdP ist sichergestellt, dass der mit 37 000 Mitgliedern größte Landesbezirk politisches Gewicht hat, wenn es um die inhaltliche und programmatische Weiterentwicklung der GdP geht. Im Vorfeld der Wahl hatte Plickert erklärt, dass er den Schwerpunkt seiner politischen Arbeit auch in Zukunft in NRW sieht. „Aber als größter Landesbezirk tragen wir eine Mitverantwortung daran, wie sich die GdP in den kommenden Jahren entwickelt. Deshalb ist es wichtig, dass NRW im Geschäftsführenden Bundesvorstand vertreten ist“, sagte Plickert.

AZVOPol:

Alle Verbesserungen auf einen Blick

Mit der Neufassung der Verordnung über die Arbeitszeit der Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten in Nordrhein-Westfalen (AZVOPol) begibt sich die Polizei auf den Weg in ein modernes Arbeitszeitrecht. Die GdP konnte neben dem Erhalt der zusätzlichen Freischicht für Kolleginnen und Kollegen über 50 entscheidende Verbesserungen durchsetzen. Die bis 2015 befristete AZVOPol ist so ein erster wichtiger Schritt zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Polizei in NRW. (DP 1/2013)

Die wichtigsten Veränderungen in Kürze:

48 Stunden Wochenarbeitszeit sind zukünftig auch im Bereitschaftsdienst das absolute Maximum (§ 3 Abs. 3). Dabei gilt einheitlich ein Bezugszeitraum von 52 Wochen (§ 1 Abs. 3). Der Polizei bleibt so die notwendige Flexibilität bei der Arbeitszeiteinteilung erhalten. Ohne diese von der GdP geforderte Regelung würde der Grundsatz der EU-Arbeitszeitverordnung eines nur viermonatigen Bezugszeitraums gelten.

Bisher waren Dienstsichten unter sieben Stunden unmöglich. Die Untergrenze fällt jetzt ersatzlos weg (§ 1 Abs. 3). Eine entscheidende Verbesserung, die vor allem für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, aber auch im Bereich von Jahresarbeitszeitkonten (DSM) einen echten Fortschritt bedeutet.

Dienstlich veranlasste Arztbesuche (u. a. Dienstauglichkeitsuntersuchungen) sind inklusive der Wegezeiten künf-

tig Arbeitszeit und unterliegen damit auch dem Dienstupfallschutz (§ 2 Abs. 2). Damit ist auf Druck der GdP ein jahrelanges Streitthema im Sinne der Beschäftigten entschieden worden. Vorsicht: Kurative Arztbesuche werden nach wie vor nicht erfasst.

Mit der Einführung einer täglichen Mindestruhezeit von elf Stunden schafft die AZVOPol den Einstieg in einen gesünderen Wechselschichtdienst in der Polizei. Die sofortige Umsetzung käme angesichts der gegenwärtigen Schichtdienstmodelle und der vorhandenen Personalstärken aber der Quadratur des Kreises gleich: Der neu eingefügte § 7a lässt daher zwar Spielraum für Abweichungen, definiert aber erstmalig zwingende Voraussetzungen. Die Beschränkung von Abweichungen auf den Einsatzbegriff der PDV 100 (Anlage 20) verhindert aus Sicht der GdP, dass in Zukunft Dienste allein wegen fehlenden Personals verschoben werden können.

Gestärkt werden aus Sicht der GdP auch die Personalräte: Bei vorhersehbaren Einsätzen unterliegt in Zukunft die Regelung der Einsatzzeit nach § 72 Abs. 4 Nr. 1 LPVG genauso der Mitbestimmung wie die Anordnung von Mehrdienst nach § 72 Abs. 4 Nr. 2 LPVG.

Zur Sicherstellung einer kontinuierlichen polizeilichen Aufgabenwahrnehmung können vor Ort auch für Schichtdienstmodelle abweichende Regelungen getroffen werden, wenn gleichwertige Ausgleichszeiten gewährt werden. So hat

Neue Aufgabenverteilung im GVS

Mit dem Ausscheiden des langjährigen stellvertretenden GdP-Landesvorsitzenden Peter Hugo aus dem Geschäftsführenden Landesbezirksvorstand (DP 1/2013) hat Michael Mertens am 1. Januar dessen Funktion als stellvertretender GdP-Landesvorsitzender übernommen. Mertens war bereits auf dem letzten Landesdelegiertentag im April 2010 in den GVS gewählt worden. Neuer 1. Vertreter des Landesvorsitzenden ist der Vorsitzende des Hauptpersonalrates der Polizei, Karl-Heinz Kochs. Als weiteres Mitglied ist Jürgen Wolff (Kreisgruppe Köln) in den GVS nachgerückt. Das hatte der Beirat der GdP bereits am 15. November des vergangenen Jahres beschlossen.

Durch die personellen Veränderungen innerhalb des Vorstands sind auch Veränderungen des Zuständigkeitsbereichs der einzelnen Vorstandsmitglieder notwendig geworden. Jürgen Wolff übernimmt in Zukunft die Arbeitsbereiche Sonderdienste, Gesundheitsmanagement, Arbeitsschutz/Arbeitssicherheit sowie Technik der Polizei. Die im vergangenen Jahr ebenfalls neu in den GVS gewählten Mitglieder Rainer Peltz (Ennepe-Ruhr-Kreis) und Ralf Robertz (Viersen) übernehmen die Arbeitsbereiche Wechselschichtdienst und Zusammenarbeit PHPR/GdP bzw. die Bereiche Recht/Rechtsschutz, Versicherungen, Werbung Bestand, Mitgliederbetreuung/Mitgliederentwicklung und Junge Gruppe. Auch bei den übrigen Vorstandsmitgliedern haben sich zum Teil Verschiebungen der Arbeitsbereiche ergeben. Ein vollständiger Überblick steht auf der Homepage www.gdp-nrw.de (Pfad: Infothek, Landesbezirksvorstand).

ein weiteres wichtiges Anliegen der GdP Eingang in die Verordnung gefunden: Neue Schichtmodelle müssen gemeinsam mit den Beschäftigten erarbeitet und erprobt werden. Hierfür ist eine Übergangszeit zwingend erforderlich.

Für die konkrete Ausgestaltung ist noch ein Erlass angekündigt, der bei Redaktionsschluss der DP noch nicht vorlag.



Hotline-Seminar zum Schichtdienst

37 Prozent aller Polizisten in NRW arbeiten im Schichtdienst. Wegen ihrer „Rund-um-die-Uhr-Zuständigkeit“ ist der Schichtdienst bei der Polizei nicht wegzudenken, aber er muss so human wie möglich gestaltet werden, damit sich die mit ihm verbundenen gesundheitlichen und sozialen Beeinträchtigungen so gut es geht verringern lassen. Für die GdP ist die Gestaltung des Schichtdienstes eines der zentralen politischen Dauerthemen, das durch die aktuellen Veränderungen der Arbeitszeitverordnung (AZVOPol) noch zusätzlich an Aktualität gewonnen hat. Nicht von ungefähr ist der Schichtdienst deshalb auch Thema des ersten Hotline-Seminars des neuen Jahres, zu dem der GdP-Landesbezirk vom 20. bis 22. Februar nach Grefrath eingeladen hat.

In dem Seminar werden Arbeitswissenschaftler darstellen, welche Auswirkung langjährige Schicht- und Nachtdienstarbeit auf die Gesundheit und das Leistungsvermögen der Beschäftigten haben, und anhand aktueller Schichtdienstprojekte in verschiedenen Polizeibehörden in NRW alternative Gestaltungsmodelle vorstellen. Hieraus sollen in einem weiteren Schritt Eckpunkte für das gewerkschaftliche Herangehen an die Schichtdienstfrage entwickelt werden. Neben vielen örtlichen Personalräten werden sich auch Vertreter des Polizeihauptpersonalrates und der Landesvorsitzende Arnold Plickert an der Diskussion beteiligen.

Mehr Infos: martin.volkenrath@gdp-nrw.de

Nachbesserung bei der Uniformausstattung

Bereits im November vergangenen Jahres hatte die GdP gefordert, dass Kolleginnen und Kollegen, die bisher nur eine Innendienstuniform erhalten haben, bei Bedarf zeitnah auch mit einer Außendienstuniform ausgestattet werden, wenn sie während ihrer Dienstzeit regelmäßig auch im Außendienst eingesetzt werden. Zum Beispiel, weil sie beim Blitzmarathon aushelfen sollen. Diese Forderung wird jetzt umgesetzt:

Mit Erlass vom 2. Januar hat das Innenministerium die bedarfsgerechte Ergänzung der Uniform zugelassen. Vorrang bei der Ausstattung mit Wetterschutzkleidung bekommen die Verkehrskommissariate. Zusätzliche Teile der Innendienstuniform erhalten darüber hinaus die Beamtinnen und Beamten der Bezirksdienste.

Dass Kolleginnen und Kollegen, die bei Wind und Wetter draußen eingesetzt sind, auch entsprechende Dienstkleidung benötigen, ergibt sich bereits zwingend aus dem Arbeitsschutzgedanken. Aber auch die Ergänzung der Uniform der Bezirksdienste ist zur Aufgabenerfüllung mehr als sinnvoll. Grundsätzlich müssen die Behörden darüber hinaus aber auch prüfen, welche Kolleginnen und Kollegen im Einzelfall zusätzliche Kleidungsstücke benötigen. Besonders wenn es um den Arbeitsschutz geht, sieht die GdP wenig Spielraum für die Behörden, den Beschäftigten eine zusätzliche Ausstattung zu verweigern. Die GdP wird mit ihren Personalräten vor Ort dafür Sorge tragen, dass die Behörden ihren Bedarf zügig ermitteln und dem LZPD mitteilen. Dadurch soll sichergestellt werden, dass es vor allem bei der Ergänzung mit Wetterschutzbekleidung nicht zu Verzögerungen kommt.

Zusammenschlüsse in Köln und Bielefeld

In den vergangenen Jahren hat sich der Zuschnitt einzelner Polizeibehörden in NRW verändert. Nicht immer sind die Organisationsänderungen bei der Polizei auch in einen neuen Zuschnitt der Kreisgruppen eingeflossen. Das erklärt, warum es in einzelnen Polizeibehörden in NRW mehrere GdP-Kreisgruppen gibt.

Seit Ende vergangenen Jahres ist deren Zahl um zwei gesunken: In Bielefeld haben sich die bislang eigenständigen

Kreisgruppen Bezirksregierung Detmold (Autobahnpolizei Bielefeld) und Bielefeld zur neuen Kreisgruppe Bielefeld zusammengeschlossen. Im Polizeipräsidium Köln haben sich die Kreisgruppen Leverkusen und Autobahnpolizei Köln zur neuen Kreisgruppe Regio Köln zusammengeschlossen. Beide Organisationsänderungen müssen noch vom Beirat der GdP bestätigt werden.

Anzeige

Radiologische Gemeinschaftspraxis

I. Wendt • Dr. A. Jachtmann • Dr. (B) R. Frank • Dr. B. Nebelung
Dr. H. Wegner • Ch. Baumgartner • Dr. J. Meyer • Dr. M. Müller

Oberdießemer Str. 96 • 47805 Krefeld
Tel.: 021 51/4 99-0 • Fax 499 299



Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 1. 2. Wilhelm Jäkel, Velbert
- 10. 2. Ruth Glapa, Gelsenkirchen
- 13. 2. Maria Vollmuth, Duisburg
- 20. 2. Hans Keller, Grefrath
- 22. 2. Alfred Dehler, Wuppertal
- 26. 2. Karl Langhorst, Schöppingen
- 27. 2. Walter Dzubilla, Kaiserslautern

91. Geburtstag

- 4. 2. Anna Scherer, Bottrop
- 6. 2. Lieselotte Klepper, Gütersloh
- 12. 2. Erna Brocke, Köln
Gertrud Palka, Dortmund
- 22. 2. Jakob Michels, Herne
- 23. 2. Hedwig Lotzmann, Remscheid
- 27. 2. Nikolaus Kirch, Aachen
- 28. 2. Maria Arendt, Dahlem
Johann Niemeier, Wassenberg

92. Geburtstag

- 1. 2. Helmut Machost, Krefeld
- 5. 2. Theresia Quante, Paderborn
Erna Vieth, Mülheim
- 7. 2. Gertrud Classen, Mönchengladbach
- 8. 2. Karl Herfurt, Mettmann
- 10. 2. Lieselotte Müller, Dortmund
- 14. 2. Christa Schumann, Köln
- 15. 2. Maria Bergmann, Mettmann
- 20. 2. Silvia Koebrügge, Billerbeck
- 23. 2. Wilhelm Althoff, Lippstadt
- 24. 2. Elisabeth Meister, Herten
- 26. 2. Helga Geicht,
Colorado-Springs/USA

93. Geburtstag

- 5. 2. Wilhelmine Hänsdiecke, Düsseldorf
- 12. 2. Ruth Tönnies, Troisdorf
- 14. 2. Wilhelm Bongartz,

Mönchengladbach

- 21. 2. Wilhelm Roeben, Dortmund

94. Geburtstag

- 12. 2. Anneliese Dohmen, Duisburg
- 20. 2. Elisabeth Renzing, Oberhausen
- 28. 2. Luise Klanke, Dortmund

95. Geburtstag

- 13. 2. Johanna Reinert, Bielefeld
- 27. 2. Margarete Rode, Solingen

97. Geburtstag

- 16. 2. Ella Anni Münster, Krefeld
- 26. 2. Elli Engels, Wuppertal

101. Geburtstag

- 25. 2. Egon Zwanzig, Reichertshausen

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP NRW wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:

Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de

Redaktion:

Stephan Hegger (Vi.S.d.P.)
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33
vom 1. Januar 2011

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

Redaktionsschluss der März-Ausgabe ist der 4. Februar.

GdP-Service GmbH NRW:

Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-service-nw.de
E-Mail: pinguin@gdp-service-nw.de

Weniger Beihilfe im Pflegefall

Pensionäre, die aus gesundheitlichen Gründen eine stationäre Pflegeleistung in Anspruch nehmen müssen, hatten bisher einen Anspruch auf Beihilfe für die Aufwendungen für Unterkunft, Verpflegung und die Investitionskosten der Pflegeeinrichtung, sofern die Kosten den geltenden Eigenanteil überschritten haben.

Seit Anfang dieses Jahres gilt das nur noch für die Kosten der Unterkunft und der Verpflegung. Das geht aus der seit dem 1. Januar geltenden Änderung der Beihilfeverordnung hervor, mit der das Land NRW ein bereits zwei Jahre altes Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zum Versorgungsanspruch im Pflegefall umgesetzt hat. Für die Betroffenen bedeutet die Änderung der Beihilfeverordnung, dass sie die umlagefähigen Investitionskosten der Pflegeeinrichtungen, die bis zu 600 Euro im Monat betragen können, selbst tragen müssen.

„Die GdP kritisiert den erneuten Einschnitt beim Beihilfeanspruch für Beamte und Pensionäre, weil er vor allem für Pensionäre mit geringen Altersversorgungsansprüchen den Gang zum Sozialamt bedeuten kann“, stellt der GdP-Seniorenvorsitzende Bernhard Heckenkemper fest. Mit ihrem flächendeckenden System der Ansprechpartner Senio-

ren (APS) berät die GdP betroffene Pensionäre, welche Möglichkeiten sie haben, auch nach der Rechtsänderung Beihilfeleistungen in Anspruch zu nehmen.

Mehr Infos: Bernd Kohl, Tel.: 02 11/ 2 91 01-35, E-Mail: bernd.kohl@gdp-nrw.de

GdP aktiv

26. 2., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe AP Münster, 15.30 Uhr, Raum 205, Hammer Str. 234, Münster

28. 2., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Duisburg, 14.00 Uhr, Café „Museum“, Friedrich-Wilhelm-Str. 64, Duisburg

28. 2., Skatturnier der Kreisgruppe Heinsberg, 15.00 Uhr, Kantine der Kreisverwaltung, Heinsberg

28. 2., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Bottrop/Gladbeck, 16.30 Uhr, Gasthaus „Alte Post“, Humboldtstr. 2, Gladbeck

4. 3., Skatturnier der Kreisgruppe Märkischer Kreis, 16.00 Uhr, Haus Lennestein, Werdohler Str. 15, Altena, Anmeldung über die Kreisgruppe, Tel.: 0 23 71/91 99 88 00



Aktuelle Angebote

Ihres **GdP-Reisebüros**
in Kurzfassung - Februar 2013



Bundesseniorenfahrt 2013 an die Costa de la Luz/Spanien



2 Wochen ab 27.9.2013

- Zug zum Flug
- Flug ab versch. deutschen Flughäfen nach Jerez de la Frontera
- Transfer Flughafen - Hotel und zurück
- 14 Übernachtungen im 4*-Hotel Valentin Sancti Petri
- Alles inklusive (Details entnehmen Sie bitte der Ausschreibung)
- GdP-Abend
- GdP Reisebegleitung

**Reisepreis pro Person
im Doppelzimmer ab € 1.249,-**

**1 Woche Rundreise "Andalusische Impressionen" (HP)
+ 2 Wochen Bundesseniorenfahrt (AI)
20.9. - 11.10.2013**

Reisepreis pro Person im Doppelzimmer ab € 2.039,-

Bitte fordern Sie unsere ausführliche Reiseausschreibung an!

GdP-Service GmbH NRW ♦ Gudastr.9 ♦ 40625 Düsseldorf
Tel.: 0211/29101-44/45/64/65 ♦ Fax: 0211/29101-15 www.gdp-reiseservice.de ♦ pinguin@gdp-reiseservice.de



Immer in Aktion: GdP-Events 2013

Die GdP steht nicht nur für eine erfolgreiche und gute Interessenvertretung für die Beschäftigten, sondern sie bietet ihren Mitgliedern auch jedes Jahr ein umfangreiches Angebot an Veranstaltungen und Events. Ob aktuelle Musical-Angebote wie „Ich war noch niemals in New York“, Sportevents wie der „GdP-Schneetreff“ im Alpincenter Bottrop oder das beliebte Motorradtraining zum Start in die Saison: Für jeden ist etwas dabei. Der GdP-Familientag findet 2013 in der ZOOM-Erlebniswelt in Gelsenkir-

chen statt. Zum GdP-Vorteilspreis gibt es in den drei Erlebniswelten Asien, Afrika und Alaska für Groß und Klein jede Menge zu entdecken. Weitere Highlights an dem Tag sind die kommentierten Fütterungen exklusiv für GdP-Mitglieder und das ZOOM-Erlebnis-Quiz, bei dem es tolle Preise zu gewinnen gibt. Auch traditionelle Veranstaltungen wie das Landesskatturnier und das Landesbowlingturnier werden 2013 wieder angeboten. Die vollständigen Eventkalender gibt es an vielen Schwarzen Brettern zum Nachlesen oder auf der GdP-Homepage zum Download.

Mehr Infos zu allen Veranstaltungen gibt es beim Service-Büro der GdP, Tel.: 02 11/2 91 01 10.

Glücksnummern des Monats

Ausgabe: 2/2013
45 20441
Hilmar Veit, AP Münster
45 20223
Udo Dombrowski, Selm
45 18333
Robert Hof, Köln
45 20006
Marie Marggraf, Aachen
**Die Gewinner erhalten die Thermo-
trinkflasche „Cool & Hot Curve“.**

Anzeige

GdP trauert um Klaus Mertens

Die GdP trauert um ihren ehemaligen Landeskassierer Klaus Mertens. Klaus Mertens trat 1948 dem damals gegründeten Bund der Polizeibeamten Nordrhein-Westfalen bei, der Vorläuferorganisation der GdP, bevor er in der GdP-Kreisgruppe Köln aktiv war. Von 1971 bis 1982 war Klaus Mertens Kassierer des Landesbezirks NRW sowie stellvertretender Bundeskassierer der GdP. Bis 1982 war er zudem Geschäftsführer der damaligen Erholungs- und Bildungsstätte des GdP-Landesbezirks NRW in Wildberghütte sowie Vorsitzender des Hauptpersonalrats der Polizei in NRW (PHPR).

Klaus Mertens ist am 24. 12. 2012 im Alter von 91 Jahren verstorben.

PK (geh. D./A 9) aus Rheinland-Pfalz/PP Koblenz
sucht gegen Umzugskostenbeitrag
Tauschpartner aus Nordrhein-Westfalen.
Beagle1002003@yahoo.de

Senioren aktuell

Kreisgruppe Bergisches Land

Der Februar-Termin Seniorentreffen fällt aus.

Ansonsten finden die Seniorentermine jeden 2. Dienstag im Monat statt. Treffpunkt: 14.30 Uhr, Kohlenstr. 16, 42389 Wuppertal-Langerfeld, Info und Anmeldung: Kreisseniovorsitzender Hans-Werner Bechhaus, Telefon: 02 02/ 62 45 75, E-Mail: hans-werner.bechhaus@t-online.de

12. März, Senioren-Mitgliederversammlung mit Neuwahlen des Vorstandes, Treffpunkt: 14.30 Uhr, Kohlenstr. 16, 42389 Wuppertal-Langerfeld, Telefon: 02 02/75 88 96 36, Frau Goeres

Kreisgruppe Coesfeld

19. Februar, Seniorentreffen, Ingeborg Heinze zum Thema „Elternunterhalt – das Sozialamt bittet die Kinder zur Kasse“, Treffpunkt: 14.30 Uhr, St.-Barbara-Haus, Kapellenweg 75, 48249 Dülmen

Kreisgruppe Köln

21. Februar, Infotreffen, Frau Pochiero von der Energieberatung Rheinenergie der Stadt Köln berichtet über Energieeinsparungen, Hilfen und Möglichkeiten in Wohnung und Haus, Partner oder Angehörige sind ebenfalls eingeladen, Treffpunkt: 14.00 Uhr, Pfarrsaal St. Georg, Waidmarkt/Ecke Georgstr., 50676 Köln

NACHRUF

| | | | | | |
|------------------------|--------------|-------------------------------|------------------------|--------------|--------------------|
| Detlev Berbig | 15. 11. 1941 | Düsseldorf | Wilhelm Luerweg | 19. 8. 1926 | Hochsauerlandkreis |
| Hildegard Böning | 15. 3. 1923 | Recklinghausen | Helmut Lütge | 2. 3. 1913 | Hamm |
| Klara Damm | 21. 10. 1920 | Essen/Mülheim | Heinrich Menrath | 27. 7. 1927 | Köln |
| Karl Denedde | 15. 12. 1931 | Recklinghausen | Norbert Ottersbach | 30. 3. 1948 | Bonn |
| Siegfried Feige | 25. 6. 1922 | Bochum | Lothar Paßmann | 14. 8. 1921 | Hamm |
| Margareta Feldmann | 9. 7. 1920 | Bonn | Ludolf Rübesamen | 14. 2. 1929 | Euskirchen |
| Peter Frank | 2. 4. 1926 | LKA | Gerhard Scheibe | 8. 7. 1954 | Bergisches Land |
| Johannes Peter Frische | 25. 6. 1957 | Bergisches Land | Horst Schmitte | 3.11. 1934 | BZ Linnich |
| Hans-Günter Hoffmann | 12. 3. 1937 | Autobahnpolizei Düsseldorf | Karl-Heinz Schönberger | 25. 12. 1924 | Hamm |
| Robert Hörning | 11. 9. 1940 | Bottrop/Gladbeck | Wolfgang Tiedemann | 13. 11. 1946 | Köln |
| Bernd Jähnke-Merkel | 8. 2. 1968 | Ennepe-Ruhr | Helmut Vogt | 23. 7. 1940 | Höxter |
| Franz Klabunde | 25. 4. 1922 | Ennepe-Ruhr | Gertrud Wexel | 17. 3. 1925 | Köln |
| Lotte Kluge | 7. 5. 1925 | Recklinghausen | Wilfried Winter | 31. 8. 1927 | Lippe |
| Anna Krückel | 15. 5. 1913 | Heinsberg | Herbert Winter | 27. 8. 1931 | Oberhausen |

